



## 1. Einleitung

Neun Jahre nach der ersten Ausgabe zur Historie des Kindergartens der Arbeiterwohlfahrt unter dem Titel „Der Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt – Geschichte – Gegenwart – Zukunftsperspektiven“ scheint es an der Zeit, das damals analysierte Material zu ergänzen und gleichzeitig einer neuen Perspektive zu unterziehen. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe: Einerseits sind aus wissenschaftlicher Sicht einige der damals vorgestellten Ergebnisse stärker im Kontext gesellschaftspolitischer Entwicklungen zu thematisieren. Andererseits sind mit der Auflösung der DDR und der Vereinigung zu einem neuen Deutschland Fakten geschaffen worden, die auch Folgen für Geschichtsschreibung haben müssen. Auch wenn die Arbeiterwohlfahrt nach 1945 nur in der Bundesrepublik Deutschland präsent war, so reicht allein die Tatsache, daß heute Menschen aus der DDR und der Bundesrepublik Deutschland vor 1990 die Arbeiterwohlfahrt repräsentieren oder besser, die Arbeiterwohlfahrt sind, aus, um die Geschichte der Kindergärten dieses Verbandes in einen nationalgeschichtlichen Kontext zu stellen. Es ist also Geschichte hinzugekommen, die es den Erzieherinnen in den Tageseinrichtungen für Kinder und den Studierenden im sozialpädagogischen Bereich näherzubringen gilt.

Was heißt dies gegenüber der alten Ausgabe? Während die Ausgabe von 1989 die Geschichte der Arbeiterwohlfahrt weitgehend vor dem Hintergrund der Forderungen der reformorientierten Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen im Kaiserreich zu erklären versucht, werden an dieser Stelle die Positionen des marxistisch orientierten Flügels stärker berücksichtigt. Dies erscheint aus zweierlei Gründen angemessen: Erstens wird dadurch ermöglicht, die unterschiedlichen sozialisti-

schen Erziehungsbegriffe von Arbeiterwohlfahrt und DDR-Kindergartenpädagogik historisch besser zu verorten. Zweitens begründen neuere Studien eher die Position, daß eben beide Traditionslinien – reformistisch und marxistisch – sowohl in der DDR wie in der Arbeiterwohlfahrt Spuren hinterlassen haben (vgl. Hoffmann, 1994). Es erscheint somit bei der Betrachtung sowohl der DDR-Geschichte wie der AWO-Geschichte Erblast und Mitgift nur schwer trennbar zu sein, ohne in Schwarzweiß-Malerei zu verfallen. Bezogen auf den Kindergarten bedeutet dies, institutionelle Kindererziehung als gesellschaftliches Ausdifferenzierungsprodukt in seinen sozialistischen Ausdeutungen zu analysieren. Oder anders: Welche Funktionen wurden der Kindererziehung in den jeweils beschriebenen Entwicklungsstadien zugemessen und aus welcher strukturellen Position im jeweiligen Gesellschaftssystem heraus wurden sie getroffen? Dies wirft auch schon einen Blick auf die Gliederung des Bandes. Sie folgt nämlich dem Wandel der Staatsformen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik bis 1990 und der Bundesrepublik nach 1990. Dabei impliziert die gegebene Chronologie eine qualitative Aussage, indem sie darauf verweist, daß sich, so die These, die Positionen der Arbeiterwohlfahrt zum Kindergarten im Kontext ihres Verhältnisses zum jeweiligen Staat, sowie der vorfindlichen Fachdiskussionen verändern. Es geht also nicht wie in vielen Veröffentlichungen aus den siebziger Jahren um die grundsätzliche Frage, ob die AWO ein alternatives Modell zum Sozialismus bietet, sondern wie sie Programmatik und Handeln im kapitalistischen Gesellschaftssystem verbindet. Daß dies nicht nur ein aus der Perspektive der Arbeiterwohlfahrt passiver Prozeß ist,



verdeutlicht sich, wenn man berücksichtigt, daß Traditionen zwar in den Wandel von System und Lebenswelt eingehen, Antworten auf aktuelle Fragen aber immer neu kommunikativ zu konstituieren sind (vgl. Habermas, 1981). So stellt sich also für den Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt sowohl die Frage nach Kontinuitäten wie die nach Diskontinuitäten in ihren Positionen. Überdies ist dies in den Kontext von historischen Forderungen der Arbeiterwohlfahrt zu stellen, die in dem folgenden Gesellschaftssystem strukturell bereits verwirklicht sind. Das heißt: Ehemals aktuelle Positionen zum Kindergarten können – eben weil sie später bereits gesellschaftlicher Konsens sind – überflüssig werden, ohne daß dabei von einer Abkehr von der Tradition zu sprechen wäre. Dennoch: Auch hier ist zu überprüfen, inwieweit nicht doch Traditionen – quasi habituell – als handlungsleitende und entscheidungsleitende Dispositionen das ideologische Gerüst des Verbandes bestimmen (vgl. auch Waquant, 1996, 77). Insofern bedarf es einer Vergleichsfolie, um die Entwicklungsschritte besser voneinander abgrenzen und aufeinander beziehen zu können. Hierzu ist es notwendig, in die Konstruktion des Analysemodelles bereits Vorgaben einfließen zu lassen. Dazu gehört

- die Frage nach der Funktion der Erziehung wie der der Einrichtung selbst,
- die Frage der Verortung der Arbeiterwohlfahrt als Träger im jeweiligen politischen System,
- sowie die Frage der daraus gezogenen konzeptionellen Schlußfolgerungen.

Geschichte der AWO wird hier also selektiv auf diese Punkte hin untersucht in dem Wissen, daß Geschichte selbst, noch weniger aber ihre Beschreibung, totalitär ist (vgl. Giddens, 1996, 14).

Dies wiederum verweist auf die Zugangsweise und damit auch gleich auf ein Manko dieser

Arbeit. Obgleich an vielen Stellen versucht wird, den Unterschied zwischen Positionen auf Reichs- und später dann Bundesebene und der realen praktischen Arbeit in den Untergliederungen herauszuarbeiten, ist dies eben keine Studie über den Alltag in Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt. Hierzu wäre eine empirische Studie notwendig. Vielmehr geht es um die Positionen der Arbeiterwohlfahrt hinsichtlich Funktion und Konzeption von Kindergarten-erziehung.

Zu den einzelnen beschriebenen Stadien der Entwicklung der AWO: Ausgehend von der Untersuchung der politischen Forderungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Kindergarten im Kaiserreich werden die unterschiedlichen Positionen zur Kleinkinder-erziehung analysiert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die SPD in Oppositionshaltung zur Monarchie befand und selbst noch nicht an der Umsetzung öffentlicher Kleinkinder-erziehung beteiligt war. Dies ändert sich in der Weimarer Republik, in der die SPD auf Reichsebene und in den Ländern Regierungsverantwortung übernahm und gleichzeitig mit der Gründung der Arbeiterwohlfahrt einen sozialpolitischen Ausschuß installierte, der sowohl die gesellschaftspolitischen Positionen der Partei öffentlich vertreten sollte, aber gleichzeitig auch an der Verminderung gesellschaftlicher Mißstände beteiligt werden wollte. Dieses strukturelle Dilemma gilt es über die unterschiedlichen Entwicklungsperioden hin zu verfolgen. Die Position der AWO als Teil der SPD rechtfertigt es auch – obgleich auf der Basis nur geringen Quellenmaterials – SPD-Politik und Positionen der Arbeiterwohlfahrt zum Kindergarten zusammen zu behandeln.

Mit dem Verbot durch die Nationalsozialisten wurde die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt für zwölf Jahre unterbrochen. Und auch nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sie nur in den westlichen Besatzungszonen und später in der



Bundesrepublik Deutschland weiterarbeiten. Dennoch erscheint es wichtig in einem Exkurs die Entwicklungen in der DDR zu betrachten, um hier die Entfernung der unterschiedlichen sozialistischen Erziehungsbegriffe von DDR-Kindergartenpädagogik und Arbeiterwohlfahrt zu verdeutlichen.

Die Wiedergründung der Arbeiterwohlfahrt in der Bundesrepublik war gleichzeitig verbunden mit der organisatorischen Unabhängigkeit. Wenngleich ideologisch über den demokratischen Sozialismus mit der SPD verbunden, war die Arbeiterwohlfahrt seit 1945 eine auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie innerhalb pluralistischer und föderalistischer Strukturen arbeitende Wohlfahrtsorganisation, die strukturell ähnlich eingebunden war, wie die restlichen Wohlfahrtsverbände.<sup>1</sup> Hier gilt es zu überprüfen, inwieweit sich mit der neuen Verortung auch Veränderungen in den Verbandspositionen ergaben. Abschließend wird danach gefragt, welches Profil die AWO in der Bundesrepublik im Bereich des Kindergartens entwickelte

Mit dem Zusammenschluß der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland hat sich das Gesicht des heutigen Staates verändert. Für Arbeiterwohlfahrt bedeutet dies Arbeit und Zusammenarbeit mit Menschen, die in ganz unterschiedlichen Gesellschaften mit ganz anderen Selbstverständlichkeiten aufgewachsen sind. Welten prallten aufeinander. Und die AWO ist nach diesem Transformationsprozeß eine andere, auch wenn sich das noch nicht überall sichtbar in Positionen umsetzt oder umgesetzt hat. Das Fehlen solcher bundesweiter Positionen nach der Wende erklärt sich in der Privilegierung des Aufgreifens der Alltagsprobleme. Deshalb steht im abschließenden Kapitel auch nicht der Versuch im Vordergrund, das derzeitige Profil der AWO zu fassen. Dies ist eben wegen der angesprochenen föderalistischen Strukturen

der Bundesrepublik, aber auch der AWO-Einrichtungen selbst nur skizzierend möglich. Statt dessen sollen exemplarisch spezifische Veränderungen und Problemlagen im Kontext der fachpolitischen Diskussion seit der Wende bis 1998 betrachtet werden. Dies in einem europäischen Kontext zu tun, was sicherlich notwendig wäre, kann an dieser Stelle nicht geschehen und bleibt ein Desiderat für Forschung. So beginnt dieses Kapitel mit einer Beschreibung der AWO in den neuen Bundesländern und zeigt die Problematik und Vorteile eines Verbandes auf, der auf keine Vorgängerorganisation in der DDR setzen konnte und somit sowohl in organisatorischer wie pädagogisch-konzeptioneller Hinsicht Neuland betrat. Darauf folgend wird die quantitative Entwicklung des Kindergartenbereiches der Arbeiterwohlfahrt untersucht, um sich anhand dieser Daten einem Profil des Verbandes zu nähern.

Diesem Profil wird auch in der Frage nach der konzeptionellen Ausrichtung der Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt nachgespürt. Ein Interview mit einem Erzieherinnenteam aus Chemnitz verdeutlicht dabei die Autonomie der Einrichtungen. Letztlich wird entsprechend der in der ganzen Studie verfolgten These, daß sich die Positionen der Arbeiterwohlfahrt weitgehend entlang ihrer strukturellen Position im jeweiligen gesellschaftlichen System entwickeln, die gegenwärtige Qualitäts- und Dienstleistungsdebatte zum Ausgangspunkt der Frage genommen, welche fachpolitischen Entscheidungen vor dem Hintergrund der Geschichte der Kindertageseinrichtungen der AWO anstehen.

Zur Veranschaulichung sind im fortlaufenden Text Dokumente eingefügt, die auch in der Aus-, Fort- und Weiterbildung ein Stück AWO-Geschichte transparent machen können. Überdies befinden sich am Ende der Kapitel kurze Zusammenfassungen der wichtigsten Entwicklungen des jeweiligen Zeitabschnittes.



## 2. Institutionelle Kindererziehung in den Forderungen der Arbeiterbewegung bis 1918

Die Geschichte der Arbeiterwohlfahrt, aber auch der SED in der Deutschen Demokratischen Republik, läßt sich nur vor dem Hintergrund der verschiedenen politischen Vorstellungen der jeweiligen Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie und der späteren parteipolitischen Ausdifferenzierungen fassen. Anders gesagt: Die Geschichte der Arbeiterwohlfahrt bis hin zu ihrer Gründung ist die Geschichte der Ausdifferenzierung spezifischer Funktionen des sozialen Bereichs aus der Parteipolitik in die Wohlfahrtspflege. Ideologischer Ausgangspunkt dieser Entwicklung war dabei die Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft, die sich auch in der bildungspolitischen Argumentation wiederfinden läßt. So beschäftigte sich die Sozialdemokratie bereits in den ersten Jahren ihres Bestehens mit Fragen der Bildung und Erziehung. Dabei standen die Kritik der bestehenden Verhältnisse sowie die Alternativen in einer anzustrebenden sozialistischen Gesellschaft im Vordergrund. Schließlich gab es keine staatliche Verpflichtungen zur Schaffung von Kindereinrichtungen und weder spezifisch ausgebildetes Personal noch verbindliche Standards für die Institutionen. Mittelpunkt der sozialdemokratischen Auseinandersetzung war folglich die Diskussion über den Einfluß des Kapitals auf Bildung und Erziehung. Dieses Problem greift Wilhelm Liebknecht in seinem Aufsatz „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen“ auf: Er verglich das Vorenthalten der Bildung im 19. Jahrhundert in Preußen mit antiken Sklavereiverhältnissen und konstatierte, es habe „noch nie eine herrschende Kaste, einen herrschenden Stand, eine herrschende Klasse gegeben, die ihr Wissen und ihre Macht zur Aufklärung, Bildung, Erziehung der Beherrschten benutzt und, nicht im Gegenteil, systematisch ihnen die echte Bildung, die Bil-

dung, welche frei macht, abgeschnitten hätte“ (Liebknecht, 1896, 12). In der Ergreifung der politischen Macht sah Liebknecht folglich die Bedingung für eine an Chancengleichheit für alle Gesellschaftsmitglieder orientierten Bildungspolitik (vgl. Hoffmann, 1994, 16). Äquivalent dazu bestand breiter Konsens in der Partei zur Schaffung eigener Einrichtungen:

„Um auf dem Gebiet der Erziehung zu bleiben: warum hat die Partei nicht schon längst Säuglingsheime, Kinderhorte, Kindergärten, Schulen neben den bestehenden Schulen, Fortbildungsschulen errichtet? Diese notwendigen Dinge sind entweder gar nicht da oder sie sind wie unsere Volksschulen bejammernswürdig schlecht. Die Partei hat aus guten Gründen auf derartige praktische Arbeit verzichtet. Es ist nicht ihre Aufgabe, die himmelschreienden Unterlassungssünden der bürgerlichen Gesellschaft nachzuholen und deren schmutzige Wäsche zu waschen“ (Schulz, 1905, 103).

Damit ist die Position der Sozialdemokratie durchaus ambivalent zu beschreiben: Einerseits stand sie in fundamentaler Opposition zur Staatsform der Monarchie, andererseits war sie über ihre Mitgliedschaft im Reichstag – wenngleich ohne Beteiligung an der Regierung – in dieses System eingebunden. Vor diesem Hintergrund ist auch die politische Strategie zu verstehen:

- einerseits Kritik der aus ihrer Sicht miserablen Versorgung und dazu qualitativ schlechten sowie dogmatisch ideologisierten Kinderbetreuung im kapitalistischen Staat,
- andererseits Konzipieren von Zukunftsentwürfen zur vorschulischen Erziehung in einer sozialistischen Gesellschaft.



So forderte sie den in die Einheitsschule integrierten Kindergarten auf der Grundlage der Prinzipien Einheitlichkeit, Weltlichkeit, Unentgeltlichkeit und obligatorischer Besuch. Dabei formulierte der Einheitsanspruch ein horizontal aufbauendes Bildungssystem ohne Trennung nach Schulformen für die jeweiligen Altersstufen.<sup>2</sup> Die Integration in die Einheitsschule postulierte zugleich die Betonung eines eigenen Bildungsauftrages, der den Kindergarten – jenseits seiner realen gesellschaftlichen Position im Kaiserreich als Einrichtung der Wohlfahrt – bildungstheoretisch verankerte und damit die Notwendigkeit als Sozialisationsinstanz neben der Familie für jedes Kind heraus hob (vgl. Schulz, 1911, 129).

Neben dieser strukturellen Veränderung plädierten die Sozialdemokraten für eine Demokratisierung des Bildungswesens. So forderte August Bebel (1985, 404) für die sozialistische Gesellschaft aus Eltern und Erziehern zusam-

mengesetzte Erziehungsausschüsse, welche die Ordnung des Erziehungssystems als auch die Maßregeln in den Einrichtungen selbst bestimmen sollten.<sup>3</sup>

Adolf Douai (1876) ergänzte dies um die Forderung der Professionalisierung der Erziehung, nicht zuletzt mit der Begründung, viele Eltern seien unfähig, ihre Kinder zu erziehen. Mit dieser Position wird die beschriebene Strategie – also Kritik der ideologischen Erziehung im Kaiserreich bei gleichzeitiger Konzipierung von Zukunftsentwürfen – um eine dritte Säule ergänzt, nämlich die Einforderung bildungs- und sozialpolitischer Veränderungen im kapitalistischen Staat als Antwort auf eine sich immer weiter ausdifferenzierende Arbeitswelt mit der Folge steigender Berufstätigkeit der Frau. Hinsichtlich der Funktion öffentlicher Erziehung aus Sicht der Sozialdemokratie müssen mindestens drei Perspektiven berücksichtigt werden:

Abb. 1: Organisation der Einheitsschule (nach Schulz, 1911, 61)

Lebensalter	Schuljahr	Bildungsinstitution
vom 19. Lebensjahr an		Hochschule (Universität, technische Hochschule, Akademie)
vom 15. bis 18. Lebensjahr	14. Schuljahr 13. Schuljahr 12. Schuljahr 11. Schuljahr	Mittelschule (theoretische und praktische Abteilung)
vom 8. bis 14. Lebensjahr	10. Schuljahr 9. Schuljahr 8. Schuljahr 7. Schuljahr 6. Schuljahr 5. Schuljahr	Unterschule (allgemeine Elementarschule)
vom 4. bis zum 7. Lebensjahr	4. Schuljahr 3. Schuljahr 2. Schuljahr 1. Schuljahr	Kindergarten



1. Kritik an öffentlicher Erziehung als Antwort der Partei auf ideologische Erziehung im Kaiserreich,
2. Kritik an der miserablen Versorgung mit öffentlicher Erziehung vor dem Hintergrund der Frauenerwerbstätigkeit im Kaiserreich,
3. die Forderung nach öffentlicher Erziehung in der sozialistischen Gesellschaft als Antwort auf die konzeptionelle Forderung des Rechtes der Frau auf Berufstätigkeit.

Daneben tritt dann die bildungspolitische Bedeutung des Kindergartens in einer sozialistischen Gesellschaft als Ausdruck von Chancengleichheit. Jetzt ist die Forderung nach einem Kindergarten für alle Kinder durchaus schon in den Gedanken Fröbels nachweisbar. Das spezifisch Sozialdemokratische bestand nun aber darin, daß die Partei die Mitbestimmung der Eltern besonders heraushob. Oder anders: Was den Eltern in einer späteren sozialistischen Gesellschaft an Erziehungseinfluß durch öffentliche Erziehung verlorengehen könnte, sollte durch das Recht der Mitbestimmung von Erziehungsinhalten und -methoden kompensiert werden. Damit ist der Grundkonsens beschrieben.

Es gab aber überdies auch erhebliche Differenzen in den bildungs- und sozialpolitischen Positionen. Diese lassen sich weniger direkt an pädagogischen Fragestellungen<sup>4</sup> aufzeigen, als vielmehr in der Frage der politischen Strategie – hier Revolutions- dort einseitig Reformorientierung. Dennoch, es gibt Quellen, die auf ein unterschiedliches Erziehungsverständnis hinweisen. So läßt sich zwar in der reformorientierten Gruppe kaum ein eigener Erziehungsbegriff analysieren. Dagegen zeigen sich dann im stärker marxistisch orientierten Flügel der Partei – vor allem bei Clara Zetkin und Käthe Duncker – erste Versuche der Herausarbeitung eines sozialistischen Erziehungsprofils. Neben Einzelforderungen wie

- Ablehnung von Personenkult,
- Ablehnung des Lehrens sozialistischer Formeln,
- Ablehnung schulischer Inhalte und Methoden,
- sowie die Forderung auf das Recht des einzelnen Kindes auf Freiheit in den Grenzen der Gemeinschaft und
- Verbindung der Erziehung mit der Arbeit,

stand vor allem die Vorbildfunktion der Eltern immer wieder im Zentrum der Diskussion um die Herausbildung einer sozialistischen Erziehung (vgl. hierzu Duncker, 1914; Zetkin, 1957). Insofern implizierte dieser Erziehungsbegriff vor allem das Vorleben sozialistischer Gesinnung und nicht das Lehren einer solchen.

Gleichzeitig hatte konzeptionell die Einführung in das „natürliche und soziale Sein“ eine besondere Bedeutung. Damit ging man auch davon aus, daß Erziehung eben nicht nur im Schonraum Kindergarten – ohne Präsenz der Alltagsprobleme – stattzufinden habe, sondern auch in der gegebenen Umwelt der Kinder. Erziehung wurde also gesellschaftsabhängig definiert und insofern auch nur als gesellschaftsabhängig umzusetzen gesehen (vgl. Protokoll, 1906, 136; vgl. auch Christ, 15). Ihr kam die Funktion zu, den Menschen zum Gebrauch der Freiheit zu erziehen und dabei unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Interessen des Individuums und der Gesellschaft „alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu möglichst hoher Vollendung zu entwickeln“ (Protokoll, 1906, 134).

Eine weitere Differenz zwischen den unterschiedlichen Gruppen in der Partei zeigte sich hinsichtlich der eigenen Beteiligung an der Kinderbetreuung. Der stärker marxistisch orientierte Flügel der Sozialdemokratie um Clara Zetkin und Käthe Duncker wehrte sich gegen Kindereinrichtungen der Partei im Kaiser-



reich mit der Begründung, dies sei Kräfteverschleiß (vgl. auch Protokoll, 1892, 220 ff.) und behindere den Kampf um eine bessere Gesellschaft. Gleichzeitig würden die materiellen Gegebenheiten der Arbeiterschaft nicht genügend berücksichtigt (vgl. Zwerger, 1980, S. 120).

Daneben gab es aber im reformistischen Flügel durchaus Befürworter einer genossenschaftlichen Arbeiterselbsthilfe mit dem Ziel, innerhalb des Kaiserreiches die Betreuungsmisere zu überbrücken. So forderte z. B. Lily Braun

„für bestimmt umgrenzte Häusergruppen Turn- und Spielplätze, im Winter in Sälen, im Sommer in Gärten, anzulegen und auf gemeinsame Kosten der Eltern für ihren Beruf gründlich vorgebildete Erzieherinnen und Kindergärtnerinnen anzustellen“

(Braun, 1901, 1979, 196).

Hintergrund dieser Überlegung war die Absicht Brauns, mit der Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen in Verknüpfung mit der Bereitstellung von Wohnraum die Erwerbstätigkeit der Frau zu ermöglichen und die gemeinschaftliche Erziehung der Kinder – jenseits preußischer Drillmethoden – sicherzustellen. Gerade letzteres stand diametral zu den politischen Vorstellungen der preußischen Regierung und wurde auch sanktioniert. So wurde einer der wenigen von Sozialdemokratinnen und Mitgliedern anderer Parteien gegründete Kindergärten, in dem „auf dem Boden moderner Pädagogik und Kinderpsychologie und unter strenger Vermeidung jeder politischen und religiösen Beeinflussung“ (Die Gleichheit, 17/1907, zitiert nach Zwerger, 1980, 116 f.) erzogen werden sollte, geschlossen. Otto Rühle, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter von 1912–1916, schrieb dazu:

„Ein ‚freier Kindergarten‘ in Charlottenburg wurde polizeilich geschlossen, weil er, da er ‚religiöse und patriotische Bildungselemente‘ nicht genügend berücksichtigte, ‚der Heranbildung der Kinder zu staatstreuen und religiösen Menschen hinderlich sei und den Boden für eine spätere leichtere Aufnahme sozialdemokratischer Ideen vorbereite“

(Rühle, 1911, 118).

Die genossenschaftliche Selbsthilfe in der Kinderbetreuung setzte sich in der SPD zu diesem Zeitpunkt noch nicht durch. Dennoch blieb der Genossenschaftsgedanke in der Partei weiter in der Diskussion. Insgesamt kann in der genossenschaftlichen Selbsthilfe der erste Versuch innerhalb der SPD gesehen werden, eigene Einrichtungen zu etablieren. Damit war zumindest ideologisch eine Annäherung an Wohlfahrtspflege zu erkennen, aber gleichzeitig ein Ausdifferenzierungsprozeß angebahnt. Eine Partei war kaum in der Lage diesen Spagat zwischen Wohlfahrtsbeteiligung und Politikgestaltung zu vollziehen.

Der Trend in der SPD, nämlich die zunehmende Beteiligung an Hilfsmaßnahmen im kapitalistischen Staat, zeigt sich auch am Beispiel der Kinderschutzkommissionen, die vor dem Hintergrund der Inkraftsetzung des „Gesetzes betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben“ vom 30. 3. 1903 gegründet wurden. Dieses Gesetz sollte helfen, die Kinderarbeit einzuschränken. Die Sozialdemokratie hatte es als nicht weitreichend genug abgelehnt, da z. B. die landwirtschaftliche Arbeit vollständig ausgenommen war.<sup>5</sup>

Mit den Kinderschutzkommissionen richteten die Sozialdemokraten nun eine Selbsthilfeeinstanz ein, die wenigstens die Einhaltung der Schutzmaßnahmen, die das Gesetz festlegte, zu kontrollieren beabsichtigte. Bei Überschreitungen sollte dann durch Gespräche oder gerichtliche Schritte die zukünftige Befolgung ge-



sichert werden. Gleichzeitig hatte diese Arbeit die Funktion, Material über Kinderarbeit – sowohl für die politische Agitation in der Öffentlichkeit als auch für den Einsatz in den Parlamenten – zu erheben. Mit ihrer Hilfe erhoffte man sich, weitere Reformen durchsetzen zu können. Dazu gehörte auch, die Gemeindevorteiler aufzufordern, pädagogisch geleitete Kindergärten einzurichten (vgl. Zietz, 1912, 35).

Die beschriebene Verknüpfung von Kontrolle und politischem Kampf wurde aber zunehmend durch praktische Erziehungsarbeit mit Kindern, z. B. in Stadtranderholungen, ergänzt. Damit war ein weiterer Verknüpfungspunkt zur Wohlfahrtspflege gegeben. Er drückte sich auch in der Bereitschaft aus, pädagogische Hilfe bei Defiziten zu leisten, die nicht in der politischen Verantwortung der eigenen Organisation lagen. Damit war ein Schritt in Richtung Trägerschaft getan, der letztlich in der Beteiligung an der Kriegswohlfahrtspflege seinen Höhepunkt fand. Hier stand dann allerdings nicht mehr das Sammeln von Informationen für die politische Agitation im Vordergrund, sondern ausschließlich die Linderung der Kriegsfolgen.

Fokussiert man die Ergebnisse, so läßt sich innerhalb der SPD eine konzeptionelle Normalisierung des Kindergartens in der Form fest-

stellen, als er für alle Kinder als ergänzende Erziehungseinrichtung mit eigenem Bildungsauftrag neben der Familie gefordert wurde. Damit war gleichzeitig die Forderung nach einer Pädagogisierung der Kindheit verbunden, die durch Professionalisierung der Erziehung gewährleistet werden sollte. Dem mit der Forderung nach Professionalisierung notwendig verbundenen partiellen Rückzug der Familie aus der pädagogischen Verantwortung sollte durch eine konzeptionelle Demokratisierung in Form von Mitbestimmung begegnet werden. Diesem für die gesellschaftliche Zukunft geltenden Zielkatalog stand eine Strategie in der Realpolitik gegenüber, die zwar einerseits in der politischen Ideologie auf die staatliche Verantwortung setzte und die Entprivatisierung, z. B. auch von Kindergärten, einforderte. Andererseits ist aber eine Legitimierung der Beteiligung an Erziehung und Hilfe in der politischen Praxis der Organisation in der Form festzustellen, als selbst die Privatisierung von Hilfe und Erziehung forciert wurde. Damit wurde ein Widerspruch zwischen politischer Strategie und Alltagshandeln offensichtlich. Dieser dürfte nicht unwesentlich den Weg für eine eigene Wohlfahrtsorganisation geöffnet haben. Oder anders: Wollte man weiterhin sowohl Parteipolitik betreiben als auch aktiv an der Entwicklung sozialer Arbeit beteiligt sein, war eine Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Funktionen unerlässlich.





### 3. Die Arbeiterwohlfahrt in der Weimarer Republik

#### 3.1 Die Gründung der Arbeiterwohlfahrt

Aus dem Krieg ging die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geteilt hervor. Da waren zum einen die Mehrheitssozialdemokraten (MSP) unter der Führung des späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert, die alle Entscheidungen über Kriegskredite mitgetragen hatten, zum anderen die Unabhängigen Sozialdemokraten (USP), die, nachdem sie gegen Ende des Jahres 1915 gegen weitere Kriegskredite gestimmt hatten, aus der Fraktion ausgeschlossen wurden. Später spaltete sich der Spartakus-Bund, der Vorläufer der späteren Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), von der USP ab. Clara Zetkin, Käthe Duncker und Otto Rühle<sup>6</sup>, die im Kaiserreich innerhalb der SPD Beiträge zur Konzipierung sozialistischer Kinder- und Jugendziehung geleistet hatten, wechselten zur KPD.

Bereits zu Beginn der Weimarer Republik zeigte sich, daß die SPD zwar programmatisch immer noch die Überwindung des Kapitalismus forderte, die dialektische Verknüpfung zwischen Klassenkampf und Reformarbeit aber zugunsten der letzten zunehmend forcierte. Dabei stand ein Demokratiemodell im Vordergrund, das als Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft Freiheits- und Wohlfahrtsrechte durchsetzen wollte. Die Parteiführung unter Friedrich Ebert ging dazu ein Bündnis mit der alten Bürokratie ein. Die Gewerkschaften arrangierten sich mit ehemaligen Monopolisten.<sup>7</sup> Und nichts macht den Bruch mit der Vorkriegspartei deutlicher als die Unterstützung der Verfolgung ehemaliger Parteigenossen, wie Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, sowie die Duldung und Beteiligung der Unterdrückung von Arbeiteraufständen.

Eine politische Mehrheit errang die Sozialdemokratie mit dieser Politik nicht. Bei den Wah-

len zur Nationalversammlung erreichten die linken Parteien trotz des Fehlens der Kommunisten 45 % der Stimmen. Die Sozialdemokraten entschlossen sich, mit den anderen Parteien, denen man seit 60 Jahren mit Mißachtung entgegengetreten war, zu kooperieren. Diese Entwicklung hatte auch für die Gründung eines Wohlfahrtsverbandes Bedeutung, da man nun auch in verantwortlicher Position die Politik mitbestimmte, aber gleichzeitig auch für deren Folgen sich verantworten mußte.

Dies war besonders in der Nachkriegszeit von Relevanz, da in politischen Kreisen die Meinung vertreten wurde, daß die durch den Krieg hervorgerufenen Probleme durch den Staat allein nicht zu lösen wären. Sozialdemokraten forderten deshalb, der Staat „müsse die Wohlfahrtspflege zwar weit mehr als bisher als sein Aufgabengebiet betrachten und mit Geld und Personal ausrüsten, bedürfe aber für deren Durchführung der Ergänzung und Vertiefung durch die freie Liebestätigkeit“ (Monat, 1961, 53). Damit legitimierte man nicht nur parteiintern die bis dahin kritisierte Wohlfahrtspflege, sondern auch die eigene Beteiligung an ihr. Gleichzeitig beteiligte man sich faktisch durch die Partizipation an öffentlichen Mitteln an einem Ausbau der freien Wohlfahrt in Ergänzung zu staatlicher und kommunaler sozialer Arbeit. Dieses wiederum wurde forciert, als die Länderministerien auch offiziell um die Hilfe der Verbände baten und gleichzeitig finanzielle Unterstützung zusagten.

Die SPD besaß aber keine eigene anerkannte Wohlfahrtsorganisation und damit auch keine Legitimation, an den dafür einberufenen Sitzungen teilzunehmen und an den finanziellen Mitteln zu partizipieren. Sie stand damit in dem Dilemma, einerseits politische Verantwortung für Mißstände in der Öffentlichkeit



übernehmen zu müssen, aber andererseits keine Institution vorweisen zu können, die in ideologischer Nähe zur Partei Hilfe vor Ort leistete. Unter diesem Druck und mit der Perspektive, aus dem Bereich der Wohlfahrtspflege ausgeschlossen zu bleiben, formuliert die spätere Gründerin der Arbeiterwohlfahrt Marie Juchacz am 14. Dezember 1919:

„Mit Kriegsausbruch wurden wir plötzlich umworben. Man brauchte die Mitarbeit der sozialdemokratischen Frauen auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege. Das ist jetzt in noch viel stärkerem Maße der Fall. Ich kann von mehrjähriger praktischer Erfahrung auf diesem Gebiete sprechen. Es ist mir oft sehr schwer gewesen, innerhalb der Kreise, in denen ich zur Mitarbeit berufen war, meine Autorität als Vertreterin der großen Arbeiterklasse geltend zu machen . . . So ist es mir vielfach passiert, daß ich in den Sitzungen gefragt wurde: Welche Organisation vertreten Sie? . . . Ich saß da als Persönlichkeit, als eine Frau, die zufällig eine sozialdemokratische Weltanschauung hat und im öffentlichen Leben etwas bekannt ist, während die übrigen Damen und Herren als Vertreter aller möglichen Wohlfahrtsorganisationen anwesend waren . . . Nun geht mein Vorschlag mit Billigung des Parteivorstandes dahin, daß wir innerhalb der Parteiorganisation eine sozialdemokratische Wohlfahrtspflege konstituieren“  
(Dowe, 1980, 742).<sup>8</sup>

Noch am gleichen Tag wurde unter Leitung von Marie Juchacz der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt ins Leben gerufen.

Mit der Gründung vollzog die Sozialdemokratie einen Schritt, der sich bereits in der praktischen Wohlfahrts- und Erziehungsarbeit im Kaiserreich angedeutet hatte. Die Arbeiterwohlfahrt selbst sieht die Gründung des Verbandes insofern verständlicherweise in direk-

ter Folge zu den Kinderschutzkommissionen, Kinderferienwanderungen und zur Kriegswohlfahrtspflege. Hierzu muß zumindest die funktionale Unterschiedlichkeit der jeweiligen Institutionen herausgehoben werden, um die Arbeiterwohlfahrt einordnen zu können. So waren die Kinderschutzkommissionen Organisationen, welche die Einhaltung geltenden Rechtes kontrollierten, um dann mit dem gewonnenen Informationsmaterial Agitation zu betreiben. Und die Ferienwanderungen hatten wiederum das Ziel, sozialistisches Gedankengut zu verbreiten. Im Gegensatz dazu war die Kriegswohlfahrtspflege der Sozialdemokraten ein rein wohlfahrtspflegerischer Akt mit vornehmlich fürsorglichem Aspekten, also kaum politisch motiviert. Insofern lassen sich die Traditionen und Motive in einer Trias von

- politischer Agitation und Kontrolle,
- sozialistischer Erziehung
- und primär reagierend und keineswegs präventiv organisierter Wohlfahrtsarbeit

beschreiben. Während aber die politische Agitation und Kontrolle sowie die sozialistische Erziehung als Feld der Arbeiterwohlfahrt in der Literatur weitgehend unberücksichtigt bleiben oder undifferenziert verhandelt werden (z. B. bei Grossmann, 1974, und Hoffmann, 1971), wird die Wohlfahrtsarbeit der AWO im Kontext der Geschichte sozialer Arbeit differenzierter betrachtet. So verweist Sachße (1986, 183) z. B. auch darauf, daß die Adaption bürgerlicher Formen der Wohlfahrtspflege durch die Sozialdemokratie mit der Gründung der Arbeiterwohlfahrt als eigenem Träger freier Wohlfahrtspflege ihren Höhe- und Schlußpunkt fand. Dies wiederum läßt sich auch vor dem Hintergrund des bürgerlichen Familienbegriffes der SPD schon im Kaiserreich interpretieren (vgl. Hoffmann, 1994, 32 ff.).

Während in dieser Argumentationslinie die Tätigkeiten der Frauen und ihre Entscheidung



für die Erschließung eines Tätigkeitsfeldes im Vordergrund stehen, interpretiert Thönissen die Gründung der Arbeiterwohlfahrt stärker als Ausdruck eines vermehrten sozialdemokratisch geprägten „proletarischen Antifeminismus“ in Zeiten wirtschaftlicher Rezessionen und nach der Durchsetzung des Frauenwahlrechts sowie der damit verbundenen Berechtigung, politische Mandate zu übernehmen:

„Den Wünschen zur politischen Mitarbeit der Frauen begegnet die Partei mit der Entschließung der Sozialarbeit als eines ‚spezifisch‘ weiblichen Tätigkeitsfeldes“

(Thönissen, 1969, 71).

Die damit verbundene These, die Arbeiterwohlfahrt sei ein Instrument der männlichen Parteiführung zur Schlichtung der Differenzen der Geschlechter im Kampf um Funktionen in der SPD gewesen, verschärft Thönissen (ebd.), wenn er formuliert:

„Diese Verlagerung der Ziele der Frauenbefreiung auf das Recht zu karitativer Betätigung dient trotz aller Bedeutung, die dieser in Notzeiten zukommt, der Fortsetzung der Diskriminierung der Frau mit anderen Mitteln. (. . .) Dem Wandel der Sozialdemokratie zur staatserhaltenden Reformpartei entspricht die Wandlung der proletarischen Frauenbewegung zur Schulungsorganisation sozialer Nothelferinnen.“

Diesem ist insoweit zu folgen, als sich der Schwerpunkt der Arbeit der Frauen in der Partei verschob. So dokumentiert der Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1919 die Rolle der Arbeiterwohlfahrt:

„Die Gründung ist keine rein weibliche, doch kann man wohl sagen, daß im Gegensatz zu der sonstigen Beteiligung an den Spezialaufgaben der Partei die Frauen nicht nur mitwirkende, sondern Hauptträgerinnen der Bewegung sind“

(Bericht, 1920, 24; Hervorheb. des Verf.).

Und auch Heinz Niedrig, langjähriger Referent, betont vor dem Hintergrund analysierter Quellen aus Bezirksverbänden, daß die SPD vielerorts die Gründung der AW boykottierte und sie allenfalls als „Spielwiese“ für die Frauen akzeptierte.

Ogleich sich damit die Argumentation Thönissens stützen läßt, beschreibt die Machtpolitik der Männer in der Partei nur unzureichend die oben genannte Veränderung. Sie vernachlässigt den vorgenommenen Perspektivenwechsel der Frauen selbst in der Partei<sup>9</sup> und die damit verbundene traditionelle Orientierung am bürgerlichen Familienbild (vgl. hierzu Hoffmann, 1994, 32 ff.). Sie spiegelt überdies stärker die ideologischen Präferenzen der Forschung in den siebziger Jahren, statt plausibel und vor allem multipel die Gründungsmotive der AWO erklären zu können. Zu diesen unterschiedlichen Erklärungen gehören sowohl

- die in organisationstheoretischer Perspektive begründete Notwendigkeit einer Ausdifferenzierung und folglich Institutionalisierung des Arbeitsspektrums, um die Partizipation auch innerhalb der sozialen Arbeit zu sichern, als auch
- die Berücksichtigung des geschlechtsspezifischen Charakters dieser Ausdifferenzierung in dialektischer Verknüpfung der Perspektive proletarischen Antifeminismus und
- gleichzeitigem Paradigmenwechsel innerhalb der sozialdemokratischen Frauenbewegung selbst.

Für die Arbeiterwohlfahrt war dieser Perspektivenwechsel aber zentral. Der in der sozialdemokratischen Frauenbewegung vollzogene Paradigmenwechsel von einer Emanzipationstheorie, die Klassenkampf als Basis der Frauenbefreiung sah, zur primären Forderung nach rechtlicher Gleichstellung im bürgerlichen Staat (vgl. auch Frevert, 1986, 444) schuf in seiner Folge der praktischen Umsetzung die personelle Grundvoraussetzung zur



Gründung einer eigenen Wohlfahrtsorganisation. Dieser gleichermaßen freiwillige wie erzwungene Schritt in Richtung politisches Abseits, im Sinne einer fehlenden direkten Beteiligung an Entscheidungen, bedeutete aber gleichzeitig Autonomie für einen eigenen Bereich, nämlich den der Wohlfahrtspflege.

### Das Selbstverständnis

Mit der Gründung der Arbeiterwohlfahrt vergrößerte sich einerseits die Infrastruktur sozialdemokratischer Organisationen, andererseits bearbeitete man mit der Wohlfahrtspflege ein Feld, das von seiten der Partei traditionell abgelehnt wurde. Folglich war es geradezu zwingend, die eigene Arbeit von der anderer Wohlfahrtsverbände abzugrenzen. So sah man in der Verknüpfung

- der Verhütung von Klassenarmut durch Bekämpfung ihrer Ursachen
- und in innovativer sozialer Arbeit mit präventivem Charakter wesentliche Aufgaben.

An dieser Stelle wird deutlich, daß die Arbeiterwohlfahrt, im Gegensatz zu anderen Wohlfahrtsverbänden wie z. B. der Caritas und der Inneren Mission, programmatisch Teilnahme an Sozialpolitik und letztlich auch das Ziel, Wohlfahrtspflege überflüssig zu machen, festlegte. Sie war somit auch ein Instrument der Partei zur Durchsetzung von Reformen (vgl. Roehl, 1961, 92).

Trotzdem ist kaum zu übersehen, daß der Schwerpunkt der Arbeit der AWO, die sich in 18 Bezirks- und 49 Ortsausschüsse gliederte, in den Nachkriegsjahren in der Befriedigung elementarster Bedürfnisse, wie z. B. Notspeisungen für Kinder, lag. Ein konzeptionelles Modell für die gesamte Arbeit existierte dagegen anfangs nicht.

Insofern war die parteipolitische Ideologie das identitätsstiftende Moment der Organisation überhaupt (vgl. auch Lash, 1996). Dabei ist kaum zu übersehen, daß das Motiv der Hilfe

zunehmend stärker in den Vordergrund rückte. Wohlfahrt institutionalisierte sich also durch funktionale Ausdifferenzierung innerhalb der Partei. So sah Marie Juchacz auch den Namen als Ausdruck der Einstellung: „Arbeiterwohlfahrt – eine Wohlfahrt nur für Arbeiter? – Nein. – Eine Wohlfahrtspflege ausgeübt durch die Arbeiterschaft. Eine Organisation hervorgegangen aus der Arbeiterbewegung“ (Juchacz/Heymann, 1924, 5). Damit definierte sich die Arbeiterwohlfahrt nicht über das Klientel sozialer Arbeit, sondern über die Schichtzugehörigkeit der Mitglieder der Organisation selbst.

Die ersten Richtlinien der Arbeiterwohlfahrt erschienen im März 1920 in dem Organ des Hauptausschusses der „Gleichheit“ und darauf folgend im Bericht des Parteivorstandes. Danach sollte die Arbeiterwohlfahrt die Mitwirkung der Arbeiter in der Wohlfahrtspflege bewirken. Dieses sollte erreicht werden durch:

- „1. Zusammenfassung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Frauen und Männer;
2. die Gewinnung neuer Kräfte;
3. die Schulung der bereits tätigen und der neu herangezogenen Kräfte;
4. Stellungnahme zu allen Fragen der Wohlfahrtspflege in der Öffentlichkeit und ihre wissenschaftliche Durcharbeitung;
5. die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter bei der Besetzung von Stellen und bei der Vermittlung ehrenamtlicher Hilfskräfte für die öffentliche Wohlfahrtspflege;
6. die Vertretung der Arbeiterschaft bei den Behörden des Reiches, der Länder und der Selbstverwaltungskörper, bei Zusammenschlüssen der Wohlfahrtsorganisationen sowie der Zusammenarbeit mit gleichartigen Organisationen“

(Bericht, 1920, 25).



Diese Ziele konnten allerdings aufgrund der nur sehr wenigen eigenen Einrichtungen kaum flächendeckend erreicht werden. Daher verfolgte die AWO eine Strategie, durch die es ihr möglich erschien, ihre ideologischen Grundlagen stärker in Politik, Verwaltung und Wohlfahrtspflege einfließen zu lassen. So verlegte sie einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die ideologische und praktische Schulung von Helfern und Helferinnen, die später in kommunalen Einrichtungen arbeiten sollten. Marie Juchacz schreibt dazu 1923:

- 1. „Der Hauptzweck unserer Organisation
- 2. aber, den wir über allem anderen nicht aus
- 3. den Augen verlieren dürfen, ist die Schu-
- 4. lung der Kräfte für die ehrenamtliche und
- 5. berufliche Arbeit zur Durchführung des
- 6. amtlichen Apparats mit den durch uns oder
- 7. durch unsere Vermittlung und Hilfe ge-
- 8. schulten sozialistischen Kräften“
- 9. (Die Gleichheit, 1/23, 5).

Damit setzte die Arbeiterwohlfahrt, äquivalent zur Strategie der Partei, den Kapitalismus aus sich selbst heraus durch Reformen in eine sozialistische Gesellschaft überführen zu können, auf die Veränderung der kommunalen Wohlfahrtsarbeit durch Besetzung der Stellen in den Ämtern mit sozialdemokratischen Kräften.<sup>10</sup>

Diese Strategie blieb in der sozialistischen Bewegung nicht ohne Kritik. So kritisiert Helene Otto:

- 1. „Sie (die AWO) steht auf dem Standpunkt,
- 2. daß im Rahmen des kapitalistischen Staa-
- 3. tes diese Fragen gelöst werden können, in
- 4. einem Staate also, in dem das Bürgertum
- 5. die Machtmittel und den sozialpolitischen
- 6. Apparat in Händen hat. Die Devise der
- 7. herrschenden Klasse ist aber Abbau der
- 8. Sozialpolitik, Abwälzung der Lasten auf die
- 9. Massen und Entkommunalisierung.“ Damit
- 10. verwische die Arbeiterwohlfahrt die „Klas-

sengegensätze, fördert die Illusion, im Rahmen dieses bürgerlich-kapitalistischen Staates die Verhältnisse entscheidend ändern zu können“

(Otto, zitiert nach Ahlheim, 1974, 277).

Damit wurde der Arbeiterwohlfahrt nicht nur staatstragendes Verhalten vorgeworfen, sondern eine kontraproduktive Politik, die den Kapitalismus stärke und das Entstehen einer sozialistischen Gesellschaft verhindere (vgl. auch Siemsen, 1981, 125; Siemsen, 1931).

### 3.2 Sozialdemokratische Kindergartenpolitik und -pädagogik

Zunächst spielte die Elementarerziehung in der praktischen Arbeit der AWO kaum eine Rolle, obwohl bereits während des Kaiserreiches in Programmen und Stellungnahmen die Forderung nach Kindergärten erhoben wurde. Und auch semantisch umfaßte der Name der Organisation nicht den programmatischen Stellenwert des Kindergartens, der aus Sicht der Sozialdemokratie dem Bildungssystem und nicht der Wohlfahrtspflege zugeordnet werden sollte. So lassen sich in den analysierten Quellen lediglich zwei Kindergartengründungen bis 1924 feststellen.<sup>11</sup> Von einem geplanten Ausbau kann also keine Rede sein (vgl. auch Roehl, 1961, 104). Arbeit mit Kindern wurde bei der Arbeiterwohlfahrt schwerpunktmäßig in Ferien- bzw. Stadtranderholungsmaßnahmen geleistet.

Trotzdem war der Kindergarten innerhalb der Sozialdemokratie und damit auch innerhalb der Arbeiterwohlfahrt weiterhin zentraler Bestandteil der bildungs- und familienpolitischen Diskussion, aber auch der AWO-Politik. Dies soll exemplarisch an folgenden Punkten verdeutlicht werden:

1. Die Position der Sozialdemokratie auf der Reichsschulkonferenz
2. Die Zusammenarbeit mit den Kinderfreunden



3. Die Haltung der AWO zu Eigengründungen von Einrichtungen und deren quantitative Entwicklung
4. Funktion von Erziehung – Konzeptionelle Fragen

### 3.2.1 Die Position der Sozialdemokraten auf der Reichsschulkonferenz

Für die Reichsschulkonferenz, die vom 11. bis 19. Juni 1920 stattfand, hatte die Sozialdemokratie eigene Vorschläge zum Kindergarten eingebracht. Danach sollte die Errichtung von Kindergärten ausschließlich Staat und Gemeinden vorbehalten werden. Einrichtungen, die sich in freier Trägerschaft befanden, wären nach den Vorschlägen innerhalb eines festzulegenden Zeitraumes in öffentliche Einrichtungen umzuwandeln gewesen (vgl. Die Reichsschulkonferenz, 1921, 693). Dies hätte auch die Übernahme von konfessionellen Einrichtungen und damit den Rückzug der Kirchen aus dem Kindergartenbereich bedeutet. Die Position der Sozialdemokratie lag also in der programmatischen Definition des Kindergartens als Teil des Bildungssystems begründet, welches traditionell weltlich sein sollte. Diesem Antrag folgten die konfessionellen Träger nicht. Statt dessen sprach man die Empfehlung aus, den Kindergarten der Jugendwohlfahrt und nicht der Schule zuzuordnen (vgl. Schulz, 1911, 34). Darüber hinaus wurden die Verbände durch eine Vorrangstellung gegenüber den Gemeinden gestärkt. Der 4. Leitsatz zum Kindergarten legte dann auch die subsidiäre Organisation als Prinzip explizit fest:

„Soweit die freie Wohlfahrtspflege dem Bedürfnis nach Kindergärten nicht ausreichend zu entsprechen vermag, haben Staat und Gemeinde Kindergärten einzurichten“  
(Die Reichsschulkonferenz, 1921, 694).

Damit hatten die konfessionellen Träger bereits eine Vorstrukturierung für das Reichs-

jugendwohlfahrtsgesetz durchgesetzt. Die Sozialdemokratie dagegen hatte keine ihrer substantiellen Forderungen durchsetzen können.<sup>12</sup> Die Befürchtungen August Bebels, daß die Gesamtheit sozialdemokratischer Schulforderungen nur in einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen sei, erhielten damit nachträgliche Bedeutung.<sup>13</sup> Die Unzufriedenheit der Sozialdemokraten erklärte Heinrich Schulz (1920, 3): „Das Neue hat nicht gesiegt, das Alte ist nicht unterlegen.“

Dennoch läßt sich das Ergebnis nicht allein aus der gegebenen politischen Konstellation dieser Zeit erklären. Die Konferenz, die von dem sozialdemokratischen Schulpolitiker und Mitglied des Beirates der Arbeiterwohlfahrt Heinrich Schulz geleitet und vorbereitet wurde, repräsentierte nämlich nicht das politische Spektrum der Anfangsjahre der Weimarer Republik. Insofern sind Zweifel an dem Nachdruck berechtigt, mit dem die Sozialdemokraten ihre Forderungen vertreten haben. Heinrich Schulz erklärte in seinem Bericht über die Reichsschulkonferenz, wie wichtig es auf dem Wege einer zusammenfassenden Schulreform gewesen sei, „daß auf der Reichsschulkonferenz alle vertreten waren, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, weltanschaulich wie schulpolitisch und pädagogisch“ (Schulz, 1920, 4).

Dies wurde von seiten der Unabhängigen Sozialdemokratie durch den Abgeordneten Löwenstein anders bewertet:

„Wenn ich dennoch das Wort erbeten und es nach manchem Zögern auch endlich bekommen habe, so geschieht es deswegen, weil ich wünsche, daß der Verband sozialistischer Lehrer und daß eine so große Partei wie die Unabhängige Sozialdemokratie in dieser Dissonanz der Töne, die hier über Schulfragen ertönte, auch ihre Stimme einlegen kann. Beide Parteien,



sowohl der Verband der sozialistischen Lehrer wie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, sind nicht an der Berichterstattung beteiligt worden, und sie sind es nicht, obwohl beide seit langem der Öffentlichkeit die Eigenart ihrer Schulforderungen bekanntgegeben haben und sowohl selbst der regierenden Öffentlichkeit die Eigenart der Schulforderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie aus den Verhandlungen der Preußischen Landesversammlung wohlbekannt sein dürfte“

(vgl. Die Reichsschulkonferenz, 1921, 519).

Zu der Unerwünschtheit eines Berichterstatters der Unabhängigen Sozialdemokraten und des sozialistischen Lehrerverbandes sowie dem Fehlen z. B. von Clara Zeikin, die über viele Jahre mit Heinrich Schulz zusammen die schulpolitischen Forderungen der SPD vertreten hatte und erst zwei Tage vor der Tagung von diesem eingeladen wurde, kam noch die durch die Einladungsauswahl von Schulz zustande gekommene ungleiche Repräsentanz von Lehrerverbänden (vgl. Koneffke, 1973, 38 ff.).

Äquivalent zur Regierungspolitik des Bündnisses mit den bürgerlichen Parteien unter Absage einer Koalitionspolitik mit den anderen linken Parteien setzt die SPD auch hier stärker auf die Stabilisierung der Weimarer Demokratie als auf die sozialistische Utopie. Die nahezu vollständige Aufgabe der bildungspolitischen Forderungen der Partei dürfte einer der Preise dafür gewesen sein. So urteilt G. Koneffke (1973, 39 ff.):

„Der Ausverkauf politischer Chancen gehörte zur Struktur sozialdemokratischer Politik spätestens seit Kriegsbeginn. In die Vorbereitung der Konferenz, die eine knappe Woche nach den Wahlen (Reichstagswahlen 6. Juni 1917, d. Verf.) begann, konnten die Wahlergebnisse nicht einbezogen worden sein. So muß es im strategi-

schon Konzept der SPD gelegen haben, die konservativen Gruppen unter den Teilnehmern mit soviel Gewicht zu versehen, daß in den Resultaten der Konferenz eine Provokation der Rechten nicht liegen konnte . . . Gegenüber einer kompromißseligen Sozialdemokratie hatte sich das kulturpolitisch reaktionäre Zentrum mit einem Erfolg durchzusetzen vermocht, der selbst von Zentrumspolitikern nicht erwartet worden war. Die Weltlichkeit des Schulwesens war verschenkt worden, ebenso die Zuständigkeit des Reiches für mehr als nur eine Rahmengesetzgebung.“

Angesichts dieses strategischen Verhaltens der Partei mag es daher erstaunen, daß die SPD programmatisch auf dem Heidelberger Parteitag 1925 an ihren traditionellen Grundsätzen festhielt:

„Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden. Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. [. . .] Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtung ist zu bekämpfen. Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen.“

Zielkontinuität bei gleichzeitiger an Aufgabe grenzende Kompromißbereitschaft in diesem Bereich prägte das Bild der sozialdemokratischen Bildungspolitik. So kommt dann auch Könke (1987, 45) zu der Bewertung, daß letztlich in der Sozialdemokratie jede Handlungsfreiheit hinsichtlich der Aufgabe traditioneller Forderungen in der praktischen Politik bestand, die durch ein verbales Festhalten an al-



ten Forderungen begleitet wurde. Den Sozialdemokraten blieb vor allem der Kampf um die Kommunalisierung der Einrichtungen, welcher der Reformorientierung vieler Mitglieder durchaus entgegenkam und innerhalb der Weimarer Republik auch erfolgreich angegangen wurde (vgl. Rehm/Schnabel, 1987, 52). Dies gilt um so mehr, als auch Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt in der Diskussion den Nothilfecharakter des Kindergartens in der Diskussion heraus hoben und damit eine primär bildungspolitische Argumentation verließen (vgl. Die Reichsschulkonferenz, 1921, 695).

### 3.2.2 Die Zusammenarbeit mit den Kinderfreunden

Am 13. November 1923 konstituierte sich die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, in der auch der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt Mitglied war.<sup>14</sup> Diese Organisation, die sich zum Ziel setzte, im Geiste sozialistischer Gesinnung zu erziehen, sah es als eine ihrer Aufgaben an, auf den Ausbau aller staatlichen und kommunalen Kindererziehungseinrichtungen und die Nutzbarmachung der öffentlichen Mittel für diesen Zweck einzuwirken (vgl. Fischer, 1930). Gleichzeitig sollten aber auch eigene Einrichtungen gegründet werden. Da sich viele Ziele der Kinderfreunde mit denen der Arbeiterwohlfahrt deckten, war eine Arbeitsteilung innerhalb der sozialdemokratischen Organisationsstruktur notwendig. Dabei sollte die Planung und Durchführung erzieherischer Veranstaltungen bei den Kinderfreunden liegen. Dagegen sollte sich die Arbeiterwohlfahrt stärker Aufgaben widmen, „die ganz überwiegend fürsorglicher Natur (waren): Fürsorge für Mütter und Säuglinge (z. B. Ausgabe von Stärkungsmitteln, Verleihung von Säuglingskörben), die Förderung der Kleinkinderfürsorge, die Einrichtung von Krippen und ähnliches“ (Mandelkow, 1926, 188). Ferienverschickungen, Kindergärten

und -horte wurden sowohl dem erzieherischen als auch dem fürsorglichen Bereich zugeordnet, so daß dieser Teil der Aufgabe durch Kinderfreunde und Arbeiterwohlfahrt abgedeckt wurde. Dies hatte zur Folge, daß sich Kindergarten und -horte der sozialdemokratischen Bewegung in unterschiedlicher Zuständigkeit befanden. Die Zielsetzungen der Kinderfreunde wurden von konfessioneller Seite vielfach kritisiert. Zum Beispiel sah der Franziskaner-Pater Zyrill Fischer (1930, 99) die Erziehungsmethoden der Kinderfreunde als Mittel im Klassenkampf:

„Letztes Ziel sozialistischer Erziehung ist der dieseitsgebundene Kollektiv- oder Genossenschaftsmensch in der klassenlosen Gesellschaft (. . .) Wir müssen aber dabei immer festhalten, daß die Sozialdemokraten und die Kinderfreunde unter ‚Gemeinschaft‘ immer nur die Partei, das Proletariat, die Klassengemeinschaft verstehen. Es wird also eine Falschmünzung gröbster Art unter der Schutzmarke ‚Gemeinschaft‘ durchgeführt. Die Rechte, die man der Familie raubt, werden ganz widerrechtlich einem Parteimoloch geopfert.“

Derart parteipolitische Interpretation entsprach allerdings kaum den veröffentlichten Vorstellungen der Kinderfreunde. Im Widerspruch zur Position führender Vertreter der KPD, wie z. B. Edwin Hoernle, empfand man den Kindern gegenüber eine Schutzfunktion: Sie sollten ausdrücklich nicht am Klassenkampf beteiligt werden.

„Wir Sozialisten dürfen auf keinen Fall vergessen, daß Kinder keine Klassenkämpfer sind, sondern erst einmal werden sollen, daß aller politische und wirtschaftliche Kampf nur ein Kampf der Erwachsenen ist, und daß es pädagogisch ebenso sündhaft wie politisch unklug ist, Kinder in diesen Kampf hineinziehen zu wollen. Es muß das





ausdrücklich und mit aller Schärfe betont werden, damit unsere Genossen nicht in denselben Fehler verfallen, in den sich die kommunistische Schulpolitik leider verstrickt hat“

(Löwenstein, 1922, 210).

Insofern wurde das Ziel, Kinder zu Klassenkämpfern zu erziehen, zwar immer wieder deutlich betont. Der Weg lag aber in einer deutlich sozialistisch orientierten Werteerziehung innerhalb eines gesellschaftlichen Schonraumes und mit parlamentarischen Spielregeln, wie z. B. in den Zeltlagern der Kinderfreunde. Für die pädagogische Praxis bedeutete dies konzeptionell: Leben sozialistischer Werte in der Gemeinschaft statt Lehren sozialistischer Gesinnung.

Sozialistische Politik dagegen sollte dieses Ziel von der Ideologie in die gesellschaftliche Wirklichkeit transferieren (vgl. Löwenstein, 1976 a, 95). Der sozialistischen Erziehung kam darüber hinaus die Aufgabe zu, das gesellschaftliche Bewußtsein und daraus resultierend die Veränderung der Gesellschaft zu beschleunigen (vgl. Richartz, 1981, 6). Diese Veränderung sollte eben durch Hinführen der Kinder zu soziologischem Denken und Entdecken geschehen. Der kommunistischen Bewegung wurde vorgeworfen, genau das Gegenteil zu tun, nämlich zum soziologischen Glauben zu erziehen (vgl. Kanitz, 1970, 169).

Trotzdem: Auch die sozialistische Erziehungsphilosophie, wie sie Löwensteins vertrat, knüpfte an die Vorstellungen einer sozialistisch orientierten Werteerziehung, wie sie z. B. Clara Zetkin und Käthe Duncker im Kaiserreich gefordert hatten, an (vgl. dazu Hoffmann, 1994, 45 f.). Insofern dürfte hinsichtlich der pädagogischen Zielsetzungen der Bruch nicht eindeutig zwischen KPD und SPD verlaufen sein. Der Bruch verlief mitten durch die SPD.<sup>15</sup>

Dennoch,

- die Erziehung zu soziologischem Denken und Analysefähigkeit,
- die kollektiven Lebensformen mit Selbstverwaltung,
- das Vertrauen in die Fähigkeit der Kinder, voneinander zu lernen aber auch
- die partielle Beschränkung der Autorität der Erwachsenen,

sind Ausdruck der Versuche sozialistische Erziehungsgrundsätze zu etablieren. Sie sind überdies ein Hinweis auf die Experimentierfreudigkeit der Sozialdemokraten in dieser Zeit im sozialpädagogischen Bereich.

### 3.2.3 Trägerideologie und quantitative Entwicklung der Kindergärten

Anfangs lehnte die Arbeiterwohlfahrt und auch ihre Vorsitzende Marie Juchacz die Schaffung eigener Einrichtungen ab. Sie trat damit als Ausschuß der SPD auch deren Grundsatzpolitik. Der dann doch vorgenommene Wechsel hin zu einer bejahenden Position gegenüber der Übernahme von Kindergärten, Horten und Heimen, wird in der AWO-nahen Literatur mit mangelnder Koordinierung begründet. Roehl (1961, 104) spricht von einem gehobenen Maß an „Planlosigkeit und Dilettantismus“ sowie der relativen Autonomie der Ortsvereine. Niedrig (1985, 402) betont dagegen, daß die Übernahme eigener Einrichtungen nur solange geschehen sollte, bis auch alle anderen Verbände ihre Einrichtungen Kindergärten in öffentliche Trägerschaft überführt hätten. Diese kaum zu belegende These suggeriert, daß die Arbeiterwohlfahrt zentral die Eröffnung der Einrichtungen geplant hätte. Dabei ist nicht einmal belegt, wer zuerst da war: der erste Kindergarten oder die programmatische Position auf Reichsebene zur Trägerübernahme.

Vieles spricht dafür, die Institutionalisierung der Wohlfahrtsarbeit und damit auch die



Dokument 1: Aus den Kinderrepubliken

„Die schwarzrotgoldene und die rote Fahne wehten über dem Lager. In der Mitte befand sich das Zelt des Lagerpräsidenten, Gen. Löwenstein. Um dieses Zelt herum waren ein paar Zelte mit den ausländischen Kindern und ein paar Kindern aus einer jeden anwesenden Ortsgruppe gruppiert, das Internationale Dorf . . .

Jedes Dorf hatte ein Rathaus. Dort herrschte der Leiter der Dorfgruppe, der Bürgermeister, und dort waren auch – um das Innere dieses Zeltes herum ging eine Bank – die Sitzungen des Dorfparlamentes . . .

Im Lagerparlament wurden die Lagerangelegenheiten besprochen. (. . .) Auch wurden Fragen der Erziehung hier beraten . . .

Nachdem der Festplatz erreicht war, kamen die einzelnen Kindergruppen singend aus ihren Dörfern gezogen. Jeder Gruppe voraus gingen die Fahnenträger mit roten Fahnen. Brüder, zur Sonne, zur Freiheit sangen die einen, die anderen . . . Dem Morgenrot entgegen“ (Wachenheim, 1926/27, 533 ff.).

„Über den reinen Erholungszweck hinaus sollen die Kinderrepubliken mit dazu beitragen, die Kinder der Arbeiterschaft in Gesinnung und Tat den großen Ideen, deren Träger die Arbeiterbewegung ist, näherzubringen. Diese Aufgabe haben die Zeltlager auch in diesem Jahre in hervorragendem Maße erfüllt“ (Fechenbach, 1926/27, 694).

„Wichtig wirkten die Worte Kurt Löwensteins auf die Falken ein, scharf trat jedem das Proletarierlös vor Augen, doch wie reckten sich die jungen Körper beim Gesang der Internationale, die für sie gleichsam einen Schwur bedeutete und ihre künftige Arbeit ahnen ließ. . . .

Das wertvollste ist die durch das Zeltlager verstärkte gefühlsmäßige Bindung der Falken zur Kinderfreundebewegung und die erreichte Förderung der internationalen Verbundenheit der Sozialisten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Arbeiterwohlfahrt und Kinderfreunden wird die beiderseitige Leistungsfähigkeit steigern, für weit größere Kreise unserer proletarischen Jugend eröffnet sich dann die Möglichkeit, sich einzugliedern in die Reihen, die mit zukunftsfroher Gläubigkeit singen: ‚Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt‘“ (Löwenstein, 1930, 725 ff.).

Eröffnung von Kindergärten als funktionale Ausdifferenzierung zu beschreiben, kaum mit zentralen Planungsabsichten zu erklären ist. Dafür spricht die geringe Anzahl der Einrichtungen auf Reichsebene. Dafür sprechen aber überdies sowohl der beschriebene Paradigmenwechsel der sozialdemokratischen Frauenbewegung und der damit verbundene Aktivismus in der Wohlfahrtsarbeit – wiederum auch als Ausdruck einer geschlechtsspezifischen Ausdifferenzierung der Parteiarbeit – als auch das Interesse vor Ort „den Weg für eine

sozialistische Pädagogik praktisch zu erproben“ (Kommentar, 1929, 145).

Die Veränderung der Haltung zur Übernahme eigener Einrichtungen gewinnt mit der Festlegung im RJWG – also die Zuordnung des Kindergartens zur Wohlfahrtspflege – zusätzliche Plausibilität. Wäre man nämlich nun nicht selbst tätig geworden, wäre man gegenüber den konfessionellen Verbänden noch weiter ins Hintertreffen geraten. Insofern ist die Diskussion und spätere Positionierung innerhalb



der Arbeiterwohlfahrt zur Übernahme von Trägerschaften letztlich auch als Reaktion auf das Faktum bestehender Einrichtungen und auf den Entscheidungsdruck in den Kommunen und Bezirken zu sehen.

Dennoch vollzog sich dieser Wandel nicht ohne Widerspruch. So gab es eine Gruppe, welche die Trägerschaft von Einrichtungen generell ablehnte und ausschließlich über die Partei auf parlamentarischem Wege versuchen wollte, die Übernahme in öffentliche Trägerschaft zu erreichen (vgl. dazu Wingender, 1925, 3). Andere wiederum sahen in der Schaffung eigener Einrichtungen durchaus eine Möglichkeit, das Problem der mangelnden Kinderbetreuung zu mildern und die Macht der kirchlichen Einrichtungen zu schmälern (vgl. Wingender, 1925, 5 ff. und Binder, 1926, 16). So kam den Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt auch die Aufgabe zu, die Entkessionalisierung der Institutionen zu unterstützen (vgl. Wingender, 1925, 7). Aber auch hier stand die Arbeiterwohlfahrt in einem Dilemma: Das Bestehen sozialistischer Einrichtungen war aber eben nicht nur Schmälern des Einflusses der Kirchen, sondern gleichzeitig eine Stärkung freier Träger. Und programmatisch gab die AWO ja kommunaler Trägerschaft den Vorrang. Insofern war auch hier ein Widerspruch zwischen Programmatik und Alltagshandeln des Verbandes. Die strukturelle Position innerhalb des Wohlfahrtsystems erforderte zur eigenen systematischen Stabilisierung ein Handeln eben jenseits dia-metral dazu stehender Programmatik.

Quantitativ fiel das nicht groß ins Gewicht, da die AWO bis 1930 im Reichsgebiet nur über 55 Einrichtungen im Bereich Kindergarten, Hort oder Tagesheim (siehe dazu Hoffmann, 1989, 18 f.) verfügte. Dem standen insgesamt annähernd 8 500 Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft gegenüber (vgl. Ermler, 1933, 191 ff.). Obgleich also insge-

samt eine Stabilisierung des Organisationsgefüges der AWO festzustellen war – dieses verdeutlicht sich sowohl in steigenden Mitgliederzahlen, in der Schaffung von zehn Fachkommissionen im Jahr 1926, u. a. auch „Jugendwohlfahrtspflege“ und „Kindererholungsfürsorge“ wie auch in der Herausgabe einer zweimal monatlich erscheinenden Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt“, blieb der Ausbau von Kindereinrichtungen weit hinter dem anderer Träger zurück. Statt dessen sah die AWO ihre Aufgaben einerseits in der Schaffung muster-gültiger Modelleinrichtungen und andererseits im politischen Kampf die Verbesserung von Standards in den Einrichtungen (vgl. Wingender, 1925, 8). Der minimale Anteil von AWO-Kindergärten in der Weimarer Republik relativiert sich noch stärker, wenn man berücksichtigt, daß sich der Anteil der betreuten 3- bis 6jährigen Kinder in gesellschaftlichen Kleinkinder-einrichtungen von vor 1914 etwa 5 % auf etwa 10 % im Jahre 1928 verdoppelt hat (Zahlen nach Heinsohn, 1974, 67). Lassen diese Zahlen auch keine direkten Rückschlüsse auf die tatsächliche Steigerung der Anzahl der Einrichtungen zu, so wird dennoch deutlich, daß die Arbeiterwohlfahrt bei den nach dem Krieg neu geschaffenen Kindergärten nur einen sehr kleinen Anteil hatte. Ein Grund für den zahlenmäßig geringen Ausbau von Einrichtungen war die Zuweisung öffentlicher Mittel, die nach einem für die Arbeiterwohlfahrt ungünstigen Schlüssel errechnet wurde. Unabhängig davon, wie Wohlfahrtsarbeit geleistet wurde, verteilte das Reichsministerium die Mittel nach der Anzahl der Betten, über welche die Wohlfahrtsverbände in ihren Heimen und Einrichtungen verfügten (vgl. Wachenheim, 1973, 120). Da der Hauptausschuß sowohl wegen seines erst kurzen Bestehens, aber auch wegen der ambivalenten Haltung zur Übernahme von Trägerschaften nur über sehr wenige Einrichtungen mit Betten verfügte, fielen die Zuschüsse insgesamt sehr niedrig aus.



Finanziell konnte sich die Arbeiterwohlfahrt mit den beiden großen konfessionellen Wohlfahrtsverbänden nicht messen. 1927 schreibt die Arbeiterwohlfahrt in ihrem Organ:

„Die Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt werden nicht ohne einen gewissen Neid erfahren, mit wieviel reicheren Mitteln die Caritas ihren Anhängern bei der Ausbildung zu helfen vermag, als ihre proletarische Organisation, die nur sehr selten die Gunst der Behörden erfährt“

(Arbeiterwohlfahrt, 9/27, 280).

Tab. 1: Kinderbetreuungseinrichtungen der Arbeiterwohlfahrt 1930. Quelle: AW-Jahrbuch 1930.<sup>16</sup>

Bezirke	Kindergarten o. Hort-Tagesheim
Ostpreußen	1
Pommern	—
Brandenburg	2
Berlin	1
Nieder-Schlesien	1
Mittel-Schlesien	7
Oberschlesien	3
Prov. Sachsen	—
Sachsen-Anhalt	2
Mecklenburg	1
Schleswig-Holstein	4
Hamburg	11
Hannover	1
Braunschweig	2
Thüringen	2
Freistaat Sachsen	—
Hessen	1
O-Westfalen	—
Oldenburg	—
W-Westfalen	2
Niederrhein	4
Oberrhein	2
Saargebiet	—
Pfalz	1
Baden	4
Württemberg	2
Bayern	1

Die Arbeiterwohlfahrt konzentrierte sich folglich ähnlich der Strategie der Gesamtpartei, auf die Argumentation in der Öffentlichkeit bzgl. des Ausbaus und der Entprivatisierung von Bildungs- und Versorgungseinrichtungen. So kritisierte die Arbeiterwohlfahrt mehrfach das Fehlen von Kindergärten in öffentlicher Trägerschaft. Den konfessionellen Kindergärten stand man nach wie vor ablehnend gegenüber, nicht zuletzt, weil man in der Überzahl konfessioneller Einrichtungen den Zwang vieler Arbeitereltern konstatierte, ihre Kinder aus sozialer Not in solche Einrichtungen bringen zu müssen, ohne dabei die weltanschauliche Überzeugung zu teilen (vgl. auch Schuhmacher, 1929, 49).

Zu der ablehnenden Haltung gegenüber konfessionellen Kindergärten kam die Kritik der Standortwahl:

„Da die Kinderheime meistens sehr weit ab von der elterlichen Wohnung liegen, gehen die Mütter ja nur im äußersten Notfall diese weiten Wege. Man erkennt also hieraus, daß der Kindergarten nur dann eine wirtschaftliche Hilfe für die Proletariermütter bedeutet, wenn er in bezug auf Lage und Offenhaltung den Bedürfnissen des arbeitenden Volkes entspricht“

(ebd., 50).

Gerade diese Forderung nach lokaler Annäherung von Wohnung und Kindergarten verlor durch die politische Entwicklung an Bedeutung. Der Zusammenbruch der New Yorker Börse und die darauf folgende Weltwirtschaftskrise zeigte sich in Staat, Land und Kommunen in zunehmender Finanznot, infolgedessen die „nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen bisher fortschrittlicher Kommunen, wie Schulgesundheits- und Schulzahnpflege, Kinderspeisungen, Kinderkrippen, Kindergärten und -horte, Kindererholungsfürsorge . . ., eingeschränkt oder ganz aufgegeben“ (Roehl, 1961, 153) wurden. Rapide steigende Arbeitslosigkeit,



1929 waren etwa 2 Millionen, 1932 schon über 6 Millionen Menschen erwerbslos, ließen den sozialen Notstand schnell ansteigen.

Das hatte auch Konsequenzen für den Kindergarten, der in Zeiten wirtschaftlicher Not immer stärker einen Nothilfecharakter bekam. So verlängerte die AWO z. B. vor diesem Hintergrund und nicht aufgrund konzeptioneller Überlegungen die Öffnungszeiten der Einrichtungen und stellte auf Ganztagsbetrieb zwischen 8 und 16 Uhr um (vgl. Berichte, 1931, 213). Somit versuchte man sicherzustellen, daß die Kinder einmal am Tag eine warme Mahlzeit erhielten. Ein anderer Weg, auf die Notsituation zu reagieren, war die Nutzbarmachung von Kindergärten und Kindertagesstätten für örtliche Erholungsfürsorge. 1930 erfaßte die Arbeiterwohlfahrt mit ihren Erholungsfürsorgemaßnahmen 127 000 Kinder. Auf kommunalpolitischer Ebene forderte die Arbeiterwohlfahrt, Kinder von Erwerbslosen bei der Aufnahme in den Kindergarten zu bevorzugen. Fürsorgerische Aspekte standen folglich zum Ende der Weimarer Republik im Vordergrund.

Betrachtet man das insgesamt geringe Angebot von Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt im Zusammenhang mit dem Anspruch der Organisation, sozialpolitischen Einfluß zu üben, so offenbart sich geradezu eine Notwendigkeit der Ergänzung von Maßnahmen im Bereich der institutionellen Kindererziehung. Die AWO versuchte daher, ihren Einfluß stärker auf das Personal zu konzentrieren. So beteiligte sie sich unter anderem auch mit der Zahlung von Stipendien für proletarische Frauen an der Förderung der Ausbildung von Kindergärtnerinnen. Damit deutet sich auch ein Schwerpunkt der Arbeit der AWO in der Weimarer Republik an, nämlich der Aufbau von Ausbildungsstätten für pflegerische Berufe. So wurde 1927 der Immenhof errichtet, der neben der Unterbringung von 40 schwererziehbaren Mädchen eine Station für Kleinkinder besaß, in der junge Mädchen Kinderpflege lernen sollten. 1928 errichtete der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt eine eigene Wohlfahrtsschule in Berlin. Aber auch hier verdeutlicht sich noch einmal die nur gering ausgebaute institutionelle Infrastruktur der Arbeiterwohlfahrt:

### „Übersicht über die Ausbildung von Schülern und Schülerinnen“

Durch unsere Vermittlung und durch Gewährung von Studiendarlehen in:

Jahr	eigenen und angeschlossenen	Krankenhäuser-schulen	fremden Wohlfahrts-schulen	eigener Wohlfahrts-schulen insgesamt Schüler	Studien-darlehen erhielten	Kinderg. u. Horte, Seminare	sonstigen Berufen
1928	57	32	83	41	9	13	17
1929	58	62	36	103	43	18	8
1930	78	88	39	141	68	15	2

Von den 78 Schülerinnen, die 1930 in unseren Heimen vorgebildet wurden, sind vermittelt worden in:

Krankenhäuser	Kindergärtnerinnen	Wirtschaftsbetriebe	Wohlfahrts-schule	vorzeitig ausgeschieden	In Heimen befinden sich noch
20	5	2	11	16	34*

\* (Hauptausschuß, 1930, 13).



### 3.2.4 Funktion von Erziehung – Konzeptionelle Fragen

Entsprechend der wenig koordinierten Gründung von Kindereinrichtungen läßt sich innerhalb der Arbeiterwohlfahrt auf der Grundlage der analysierten Quellen auch kein einheitliches Konzept, nicht einmal ein Grundkonsens über Ziele der Kindergartenarbeit analysieren, der über die Forderung der gleichermaßen zu fördernden Körperpflege, Sinnesbildung und Entwicklung der Verstandeskkräfte, der Koedukation und der Einbeziehung der Eltern hinausginge (vgl. Korte, 1932 und Hagen, 1985). Diese Forderungen, die bereits vor Gründung der Arbeiterwohlfahrt Themen sozialdemokratischer Politik- und Pädagogikentwürfe waren, lassen keine Rückschlüsse auf ein methodisches Konzept zu (vgl. auch Schumacher, 1929, 49 f.).

In pädagogischen Fragen divergierten die Meinungen innerhalb der AWO erheblich. So betonte das AWO-Lehrbuch der Wohlfahrtspflege, daß „die Entfaltung der kindlichen Anlagen im Kindergarten (...) nach den Grundsätzen seines Begründers, Friedrich Fröbel“ zu erfolgen hätte (Hauptausschuß, 1927, 272). Gleichzeitig gab es aber auch Einrichtungen, die sich an der konzeptionellen Arbeit Maria Montessoris orientierten. Für sozialistische Prinzipien in der Erziehung trat Susanne Hirschberg, ab Herbst 1929 Leiterin der Wohlfahrtsschule der Arbeiterwohlfahrt, ein. In ihren Ausführungen zur Arbeit im Kölner Kinderhort wiederum waren Affinitäten zu den Zielen und Methoden der Kinderfreunde zu erkennen.<sup>17</sup> Susanne Hirschberg ging von der Möglichkeit der Erziehung zum Sozialismus aus und erwartete von ihr eine wesentliche Funktion im Prozeß gesellschaftlicher Veränderung. Dieser im kantianischen Erziehungsbegriff fußende Denkansatz (vgl. Oelkers – 1989, 178 ff.; vgl. auch Adler, 1926, und Kant, 1964), also Erziehung für eine zukünftig

bessere Gesellschaft, wurde von Hirschberg auf das Ziel einer anzustrebenden sozialistischen Gesellschaft spezifiziert. Kants Forderung an die Eltern, ihre Kinder so zu erziehen, daß ein zukünftig besserer Zustand dadurch hervorgebracht werde (vgl. Kant, 1964, 704), wurde im Kölner Kinderhort auf die professionelle Erziehung übertragen. Die Erzieherin bekam damit eine Hilfsfunktion bei der Überwindung der Unmündigkeit des Individuums. Erziehung war in diesem Modell ein bestimmender Faktor gesellschaftlichen Seins neben anderen. Damit war auch deutlich, daß Erziehung nicht allein Defizite gesellschaftlichen Seins beheben könne (vgl. Hirschberg, 1927, 281).

Susanne Hirschberg, die sich in ihrer Konzeption auf Max Adlers Buch „Neue Menschen“ stützte, widersprach der ausschließlichen Determinierung des Bewußtseins durch das ökonomische Sein und setzte psychische und soziale Faktoren gleich. Diese an Max Adler orientierte Gesellschaftsicht „vertritt einen ethischen, an KANT geschulten Sozialismus, der zwar die Gesellschaftstheorie des Marxismus akzeptierte, nicht jedoch deren ‚materialistische‘ Hintergrundphilosophie, die durch eine im letzten idealistische Ethik ersetzt werden sollte“ (Oelkers, 1989, 178). Das bedeutete letztlich auch eine Abkehr vom marxistischen Erziehungsbegriff, der ja gerade die Abhängigkeit des Bewußtseins vom Sein heraushebt. Er negiert damit den in dieser Sicht idealistischen Glauben, Erziehung könne das Bewußtsein partiell unabhängig vom Sein beeinflussen. Hirschberg wiederum vertrat die gleichwertige Analyse und Berücksichtigung der Individualität der Kinder und Erzieherinnen sowie dazu die der sachlichen Erziehungsfaktoren (vgl. Hirschberg, 1927, 281). Damit definiert Hirschberg einen Erziehungsbegriff, der sich als parteilich im Sinne des Sozialismus verstand und neutrale Erziehung ablehnte. Für



die pädagogische Praxis bedeutete dies die Aufforderung zu Stellungnahmen zu politisch-sozialen Fragen innerhalb der Erziehung. Auch dies verweist auf den Glauben an die Reformierbarkeit der Republik in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft (vgl. Hirschberg, 1927, 281) durch die zu erziehende nächste Generation.

Mit diesem Erziehungsbegriff grenzte sich Hirschberg (vgl. auch das Kapitel über die Kinderfreunde) theoretisch deutlich von KPD-Vorstellungen ab. So sollten Kinder keineswegs in den Klassenkampf einbezogen werden. Statt dessen forderte man einen Freiraum innerhalb der Institution, der sich bewußt von der gesellschaftlichen Wirklichkeit unterschied und der der Gruppe die Möglichkeit bieten sollte, unter sich „mit dem Neuen zu beginnen“ (Hirschberg, 1927, 284). Damit bekam auch die Erziehung im Kölner Kinderhort einen „Inselcharakter“, war es doch ein geschützter Ort, an dem – aus Sicht einiger sozialdemokratischer Pädagoginnen – ethisch höherstehende Werte gelebt werden konnten. Damit blieb man letztlich einem idealistischen Erziehungsbegriff verhaftet.

Dies gilt auch, obwohl die sozialdemokratische Interpretation gesellschaftlicher Wirklichkeit Inhalt der Erziehung war. So sollten Kinder im Gegensatz zur Meinung einiger kommunistischer Pädagogen nicht am Klassenkampf beteiligt werden (vgl. Hoernle, 1958) und

auch nicht parteipolitisch geschult werden; dennoch war es Ziel, ihnen durch die Betrachtung gesellschaftlicher Unterschiede Klassenbewußtsein zu vermitteln. Was sich nach O. F. Kanitz als Erziehung „zu soziologischem Denken“ (vgl. S. 18) definieren ließe, bleibt aber auch hier eine von den Erwachsenen vorgegebene Ideologie, dessen Bezug zur kindlichen Erfahrungswelt innerhalb des Konzeptes nicht thematisiert wird.<sup>18</sup>

Einen weiteren Schwerpunkt sah der Kölner Hort in der Betreuung benachteiligter Kinder. So nahm dieser Hort zu einem Drittel Kinder auf, die in Wohnvierteln mit Prostitution wohnten. Ein weiterer Anteil wurde dem Hort aus der Jugendwohlfahrtstätigkeit der Arbeiterwohlfahrt zugewiesen. Hier handelte es sich hauptsächlich um Kinder, denen Fürsorgeerziehung drohte.

Insgesamt muß der Kölner Hort als einer von vielen pädagogischen Versuchen im reformpädagogisch geprägten sozialdemokratischen Spektrum betrachtet werden. Die zentrale Meinung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt spiegelte er sicher nicht wider. Insofern kann man durchaus von einem Konzeptionenpluralismus ohne stärkere Lenkung der Berliner Zentrale sprechen. Ebenso wie die Gründung von Einrichtungen vollzieht sich die Profilierung der Einrichtungen vor Ort, also dezentralisiert. Das Verhältnis von 2 600 Ortsausschüssen der Arbeiterwohlfahrt zu 55 Einrichtungen bestätigt dies noch einmal.

#### Dokument 2: Über Erziehung im Kölner Kinderhort

„... daß jede Erziehung ein Machtmittel in den Händen der jeweils herrschenden Klasse“ sei, im kapitalistischen System könne „das Erziehungsziel aller der von der proletarischen Bewegung begründeten und getragenen Erziehungseinrichtungen nie anders lauten als: Erziehung zum Sozialismus... Will Erziehung aber nicht Mittel der Reaktion, sondern Förderin der Zukunftsentwicklung sein, so muß sie Partei ergreifen, muß sich in den Dienst der Bewegung stellen, die den zukünftig möglich besseren Zustand der menschlichen Gesellschaft erstrebt, muß sie als neuer Bundesgenosse in die Reihe der darum kämpfenden Sozialisten eintreten“ (Hirschberg, 280 ff.).



### 3.3 Zusammenfassung

Nach der Regierungsübernahme differenzierte sich Wohlfahrtsarbeit innerhalb der Partei als eigenes Arbeitsfeld innerhalb der SPD aus. Der Höhepunkt war dabei die Gründung der Arbeiterwohlfahrt. Innerhalb dieser Unterorganisation der Partei hatte sich das Arbeitsfeld Kindergarten dezentral etabliert. Wenngleich zentral der Kindergarten selbst immer wieder thematisiert wurde, lag doch sowohl die Entscheidung über Neugründungen als auch die konzeptionelle Gestaltung bei den jeweiligen Trägern vor Ort. Damit ergab sich von der ideologischen Position der Arbeiterwohlfahrt das Problem, daß sie für den Vorrang der öffentlichen Träger eintrat, eben weil sie in Kindergärten eine staatliche Aufgabe sah. Die AWO mußte also bereits in der Weimar Republik erfahren, daß Handeln in einem System – hier der Wohlfahrtspflege – auch das Einhalten der dazugehörigen Spielregeln bedeutete. Oder

anders: In der Partei war eine eigene Institution entstanden, die in einem System agierte, das anders organisiert war als die parlamentarische Politik.

Begleitend dazu nutzte der Parteiapparat die politische Macht nicht in dem Maße wie nötig gewesen wäre, um den Kindergarten – wie programmatisch gefordert – als Teil des Bildungssystems zu etablieren. In der Weimarer Republik gelang es der sozialdemokratischen Bewegung also weder in dem originär parlamentarisch arbeitenden Flügel noch in der Wohlfahrtsorganisation, bezogen auf den Kindergarten, ihre Positionen durchzusetzen. Mit der AWO war dennoch eine Organisation entstanden, in der der Kindergarten eine zunehmende Rolle spielte. Eine spezifischere Profilierung dieses Bereiches wurde mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten verhindert.